

Hochschulverbund statt Fusion: Thesen zur Thematik „TUK / Univ.-Standort Landau“

- Der Senatsbeschluss vom 11.3.19 sowie die Resolution des Stadtrates vom 18.3.19 haben Minister Wolf offensichtlich veranlasst, auf die Vorlage eines Gesetzentwurfs zu verzichten, bis sich die betroffenen Hochschulen auf eine konkrete Form der Fusion geeinigt haben. Er hat aber den Richtungsentscheid für eine Fusion nicht ausgesetzt und sieht die Hochschulen sicher nicht in einer Veto-Position; siehe dazu die Rheinpfalz vom 20.3., Ausgabe Landau. **Solange die Gespräche unter dem Auftrag "Ausgestaltung der Fusion" laufen, kann aus anfänglich kontroversen Positionen am Ende nur ein fauler Kompromiss werden.** Es ist deshalb dringlich, **die Gespräche mit Landau offiziell so aufzuweiten, dass auch naheliegende Alternativen zur Fusion thematisiert werden.** Nur die Gegenüberstellung von Alternativen erlaubt eine schlüssige Bewertung!
- **Eine Fusion der TUK mit dem Standort Landau ist nicht zielführend**, weil dieser räumlich zu entfernt liegt, in seinen Fächern zu verschieden ausgerichtet ist und sich auf anderem Entwicklungsstand befindet. Es gibt kein tragfähiges Konzept für die Doppeluniversität, nur die Wunschvorstellung, aus Größe und Breite werde Fähigkeit zur Exzellenz. **Eine Doppeluniversität unterliegt engen rechtlichen Vorgaben, erfordert einen nicht übersehbaren administrativen Aufwand und gefährdet die Profile beider Teile in Lehre und Forschung. Besonders kritisch ist die Verschmelzung der Haushalte:** Sie eröffnet viele Möglichkeiten zu verdeckten Verschiebungen von Ressourcen. Schließlich sollen „neue Projekte gemeinsam bearbeitet werden“.
- Eine naheliegende Alternative bieten die im §10 LHG vorgesehenen **Verbünde eigenständiger Hochschulen**, deren nähere Ausgestaltung in einem Kooperationsvertrag geregelt wird. Ein Hochschulverbund kann zielgenau auf die Realisierung von Synergien und Effizienzgewinne ausgelegt werden, ohne in innere Abläufe der Partneruniversitäten einzugreifen und ohne bestehende Rechtstitel ihrer Mitarbeiter zu gefährden. **Die Haushalte bleiben getrennt** und machen Verschiebungen von Ressourcen kontrollierbar; die von Landauer Dekanen geäußerten existenziellen Ängste wären unbegründet. Ein Transfer spezieller Dienstleistungen in Bereichen wie Verwaltung, EDV oder Lehrangeboten wäre unbürokratisch organisierbar. **Die TU Kaiserslautern würde unter ihrem national und international bestens etablierten Namen ihre Identität bewahren und könnte ihr spezifisches Profil weiterentwickeln. Der Standort Landau könnte sich als eine sozial- und erziehungswissenschaftliche Universität moderner Ausrichtung profilieren.**
- Das Konzept der Fusion erzwingt eine komplizierte gesetzliche Regelung zur zeitlichen Koordinierung mit der Trennung von Koblenz-Landau, damit der Standort nicht zwischenzeitlich ohne klaren Rechtsstatus bleibt. **Eine geschmeidige, stufenweise Lösung könnte mit einem Hochschulverbund der TUK mit der Uni Koblenz-Landau beginnen**, in dem sich Koblenz stetig aus der Verknüpfung mit Landau löst und schließlich ausscheidet, während sich Landau zu einer eigenständigen Hochschule umformt, unter gleichzeitiger Entwicklung der Kooperation mit Kaiserslautern. Neben dem abschließenden Gründungsakt für die Hochschule Landau braucht es nur begleitende Änderungen im Kooperationsvertrag.